



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 182. Mittags-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 17. April 1878.

Deutschland.

Berlin, 16. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath und Baurath Oppermann zu Königsberg i. Pr. und dem Steuerrath Hartmann zu Pommern den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Stadtrichter a. D. Brin zu Rastatt, bisher zu Berlin, dem Justizrath, Rechtsanwalt und Notar Studart zu Waldenburg i. Schl. und dem Ober-Unterrichter Wolfhagen zu Reinfeld im Kreise Stormarn den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Regierungsrath Sartorius zu Wiesbaden und dem Ballmeister Kurz zu Saarlouis den königlichen Kronorden vierter Klasse; den Lehrern Brendel zu Salzbrunn im Kreise Waldenburg und Schindler zu Stendal den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Förster Bergfeld zu Forsthaus Eichenberg im Stadtkreise Erfurt und dem Kreisgerichts-Roten und Gecutor Barisch zu Striegau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Sekretär Wiermann in Calbe a. S. und dem Actuar Cornelsen bei dem Amtsgericht in Osten bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Berlin, 16. April. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute, in Gegenwart Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg und des Commandanten, militärische Meldungen, sowie außerdem die Vorträge des Polizei-Präsidenten, des Chefs der Admiralität, Generals von Stosch, des Generals von Albedyll und des Ministers des königlichen Hauses, Frhrn. von Schleinitz, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des vaterländischen Frauenvereins zugegen und empfing bei Ihrer Rückkehr die Prinzessin Marie von Preußen und die Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningen. Den Kammerherrendienst bei Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin haben die königlichen Kammerherren Freiherr von Rosenberg und Freiherr von Romberg übernommen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Mittag den Director des Invaliden-Departements, Generalmajor von Tilly und später den Prediger Schiffmann aus Stettin. Abends gegen 7 Uhr trafen Se. Hoheit der Erbprinz und Ihre königliche Hoheit die Erbprinzeßin von Meiningen im Kronprinzlichen Palais ein. (R.-Anz.)

Berlin, 16. April. [Strafgefangenen-Arbeit. — Zum Postverkehr mit den Vereinigten Staaten. — Prüfungsordnung für Aerzte. — Rheinische Eisenbahn. — Secundärbahnen. — Knappschafts-Vereine. — Verunglückungen beim Bergwerksbetrieb.] Es ist wiederholt Klage geführt worden über die Verwendung von Strafgefangenen zur Herstellung verschiedener Artikel der kleinen Eisenindustrie. Es wird behauptet, daß diese Artikel in Folge dessen zu sehr billigen Preisen, aber auch in sehr schlechter Qualität auf den Markt gebracht würden und soll dadurch der Ruf dieser Industriezweige, sowie ihr Absatz im Auslande empfindlich geschädigt, andererseits aber auch der einheimischen Industrie eine gefährliche Concurrenz bereitet werden. Der Minister des Innern hat die Regierungen demzufolge veranlaßt, sich auf Grund der Erfahrungen, welche bei der Gefängnisarbeit gemacht sind, gutachtlich darüber zu äußern, ob und in wiefern jene Klage als begründet anzuerkennen ist. — Nach einer Mittheilung der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika unterliegen Bücher und Photographien dort in der Regel einem Eingangszoll und dürfen mit der Briefpost dorthin nicht eingeführt werden. Geschieht dies dennoch, so werden dieselben von der amerikanischen Postverwaltung als unbestellbar zurückgeschickt. Bücher, welche früher als innerhalb der letzten 20 Jahre gedruckt sind, ferner Flugschriften und Zeitchriften, welche lediglich für die Empfänger bestimmt sind, endlich Bücher bis zum Werth von 1 D. und Photographien, für den Empfänger bestimmt, sind zollfrei. — In Bezug auf die von den Bundesraths-Ausschüssen beschlossene Enquete über die Baumwoll-Spinnerei muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Ausschüsse bis jetzt noch nicht ihren Bericht erstattet haben, daß also eine zuverlässige Angabe über die Anträge zur Zeit nicht zu machen ist, alle bereits verbreiteten Mittheilungen folglich verfehlt sind. — Sobald der Entwurf einer Prüfungs-Ordnung für deutsche Aerzte die letzten Stadien der Vorbereitung durchlaufen haben wird, soll derselbe einer Special-Commission von Sachverständigen vorgelegt werden. — Unter dem 11. März d. J. ist der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft ein Allerhöchstes Privilegium wegen Emission von 5procentigen VI. Em. zum Betrage von 30 Millionen Mark erteilt worden. — Die Genehmigung zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn minderer Ordnung von Salzwedel nach Lückow in Hannover ist der königlichen Eisenbahn-Direction zu Hannover erteilt worden. Desgleichen die Genehmigung zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Secundärbahn von Londern nach Hoyer der Altona-Kieler Eisenbahn. — Die Gesamteinnahme sämtlicher Knappschaftsvereine betrug nach der amtlich aufgestellten und in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. XXV“ veröffentlichten Nachweisung im Jahre 1876: 12,026,208 M. gegen 11,637,433 M. im Jahre 1875, so daß eine Steigerung um 388,775 M. stattfand. Es ist dies um so mehr hervorzuheben, als auch an dem Knappschafts-Institut der Niedergang in der Entwicklung der Industrie nicht spurlos vorübergegangen ist. Es darf daher behauptet werden, daß das Knappschafts-Institut gerade in diesen schwierigen Zeiten seinen segensreichen Einfluß beibehalten hat. Die Gesamteinnahme, wie oben angegeben, brachten 87 Vereine auf. Die Anzahl der ständigen Mitglieder stieg von 143,757 zu Beginn des Jahres auf 148,403 am Jahresabschluß. Der Mehreinnahme von 388,775 Mark stand eine Mehrausgabe von 84,409 Mark gegenüber, indem die Gesammt-Ausgabe von 11,213,385 Mark im Jahre 1875 auf 11,297,794 M. im Jahre 1876 stieg. Die Ausgabe für die gesammte Krankenpflege belief sich auf 3,603,796 M. gegen 3,783,908 M. im Vorjahre. — Beim gesammten Bergwerksbetrieb Preußens verunglückten im Laufe des Jahres 1876 insgesamt 600 Personen. Das Jahr 1876 nimmt nach der vergleichenden Zusammenstellung mit früheren Jahren eine Mittellage ein. Beim fiskalischen Bergwerksbetrieb kamen im Jahre 1876 im Ganzen 76 Personen, gegen 89 im Vorjahre, durch Verunglückung zu Tode. Besonders niedrig war die Verunglückungsziffer im Bereich der Saarbrücker Gruben; in einem Zeitraum von 25 Jahren ist die Verunglückungsziffer dort nicht so niedrig gewesen. Beim Steinkohlenbergbau kamen 458 Unglücksfälle vor. Im Durchschnitt des Zeitraums 1871—1876 betrug die

Verunglückungsziffer 2,494, in dem zehnjährigen Zeitraum von 1867 bis 1876 2,483.

Berlin, 16. April. [Preussische Minister als Mitglieder des Bundesrathes. — Tabaks-Enquete-Vorläufe. — Unterrichts-gesetz.] Die Ernennung des Finanzministers Hobrecht zum Bevollmächtigten des Bundesrathes erfolgt unter allen Umständen zeitig genug, um denselben an den Beratungen des Reichstages über Zoll- und Steuerfragen theilnehmen zu lassen. Der neue Handelsminister Herr Maybach bedarf keines neuen preussischen Mandats für den Bundesrath, er gehört demselben an, seitdem er das Präsidium des Reichs-Eisenbahnamts übernommen hat, und ist durch die Ernennung zum Unterstaatssecretar im preussischen Handelsministerium in seinem Verhältnis zum Bundesrath keine Aenderung eingetreten. Dagegen scheint es in der Absicht zu liegen, den Minister des Innern, wie seinen Vorgänger zum Mitglied des Bundesrathes zu ernennen. — Das Gesetz über die Tabaks-Enquete ist übrigens noch unter dem Minister Camphausen im Finanzministerium entstanden, es ist daher sehr wahrscheinlich, daß General-Steuerdirector Burghardt, der an der Entstehung wesentlich Theil genommen hatte, mit der Vertretung der Vorlage vor dem Reichstage befaßt werden möge. Der Entwurf selbst wird bei der Debatte doch nur ein untergeordnetes Interesse in Anspruch nehmen, im Vordergrund wird die principieller Frage der Steuer-Reform stehen und nach dieser Richtung Herr Hobrecht einzutreten und in seinem neuen Amte zu debattieren haben. Es bestätigt sich, daß für das gesamte Gebiet der Steuern in Preußen umfassende Erhebungen angeordnet sind und eifrig Material zusammengetragen wird, aber es scheint, daß dies zunächst für die bevorstehende Steuer-Debatte als Stützpunkt dienen soll. Die ganze Art der statistischen Aufnahmen läßt im Augenblick noch nicht erkennen, welche Zwecke speciell damit erreicht werden sollen, was darüber anderweit und zwar mit großer Bestimmtheit verlautet, wird uns als Vermuthung bezeichnet. In der Zeit als der Rücktritt der Minister Dr. v. Schenck und Camphausen sich vollzog, hatte Fürst Bismarck verschiedene Autoritäten mit Aufstellung von Finanzplänen betraut, es sind ihm, wenn wir recht unterrichtet sind, mehrere recht bedeutungsvolle Vorschläge zugegangen, die jedenfalls in Zusammenhang mit den jetzigen Arbeiten des Finanzministeriums gebracht werden mögen. Schwierig dürfte in dem ohnehin so mit dringenden Arbeiten überlasteten Rest der jetzigen Reichstagsession mehr beabsichtigt werden, als eine Darlegung jener Projecte, deren Ausführung dann einer späteren Zeit vorbehalten bleibt. — Ueber den Rücktritt Camphausen's und v. Schenck's ist der Entwurf des Unterrichts-gesetzes, der vor etwa Jahresfrist die volle Anspannung, ja man darf sagen Ueberanstrengung aller Kräfte des Cultusministeriums in Anspruch genommen hat, ganz in den Hintergrund getreten. Es wird jetzt nachträglich bekannt, daß eine der letzten Amtshandlungen des Minister Camphausen noch eine Auseinandersetzung mit dem Cultusminister über den Geldpunkt bei der Ausführung des Unterrichts-gesetzes gewesen ist, in welcher vielfach Vereinigungsvorschläge enthalten waren, auch das Votum des Handelsministeriums stellte eine Verständigung in Aussicht. Bezüglich der letztgedachten Arbeit wird wohl nicht mit Unrecht dem Geheimrath Dr. Wehrenpennig die Autorschaft zugeschrieben.

Berlin, 16. April. [Fürst Bismarck zu den Angelegenheiten Elsaß-Lothringens. — Die neuen Minister. — Die Berliner Regierung und die Curie. — Dompfropf Holzer. — Statistisches und statistische Formulare für Eisenbahnen. — Prinzliche Verlobungen.] In Regierungskreisen wird mit Bedauern darauf hingewiesen, daß die elassischen Autonomisten, wie aus ihren Organen hervorgeht, mit der Ernennung des Unterstaatssecretars Herzog zum Stellvertreter des Fürsten Bismarck für Elsaß-Lothringen nicht zufrieden sind und lieber an seiner Stelle den Ober-Präsidenten v. Möller gesehen hätten. Man hoffte hier von dieser Partei, die in ihren Beziehungen zur deutschen Reichsregierung eine meistens correcte Haltung eingenommen hat, daß sie nicht Forderungen aufstellen würde, die sozusagen zur Erzeugung des Reichskanzlers in den Angelegenheiten der Reichslande führen und die Personalunion vorbereiten müßte, welche nur einmal nicht den Intentionen der Regierung entspricht. Der Reichskanzler hat darüber in seinen Unterredungen mit elassischen Autonomisten niemals ein Phehl gemacht und betonte ausdrücklich, daß er die Eingangsung Elsaß-Lothringens in die Reihe der Bundesstaaten allerdings als eine Frage der Zeit betrachte, daß aber nicht als erster Schritt die Einsetzung eines Premierministers in Straßburg unternommen werden könne. Er fügte in seiner kausstischen Weise hinzu: „Ich wünsche doch auch in elassisch-Lothringischen Angelegenheiten mitzusprechen.“ Deshalb wurde die Personalfrage in der bekannten Weise erledigt und Elsaß-Lothringen wird von Berlin aus weiter regiert. Ueber die Stichhaltigkeit oder Grundlosigkeit des Gerüchts, daß der Oberpräsident v. Möller seine Entlassung nehmen wolle, sind wir ohne Informationen. Gewiß ist nur, daß Herr v. Möller schon seit längerer Zeit durch ein Fußleiden häufig aus Bett gefesselt ist und sein Rücktritt aus diesem Grund nicht überraschend kommen dürfte. — Der neue Handelsminister läßt es nicht daran fehlen, durch Mittheilungen officieller Natur in den öffentlichen Blättern das Publikum davon in Kenntniß zu setzen, daß er demnächst mit einem umgestalteten Reichs-Eisenbahn-Gesetzentwurf debütiren dürfte. Sobald er zum Mitgliede des Bundesrathes ernannt sein wird, will er seine Vorlage, an deren Fertigstellung in seinem Ministerium mit Eifer gearbeitet wird, durch den Reichskanzler den übrigen Regierungen zur Begutachtung mittheilen lassen. Von der Thätigkeit des Herrn Hobrecht erfährt die Außenwelt nicht so viel; es ist auch begreiflich, daß er in das ihm immerhin ziemlich fremde Fach sich erst hinein-arbeiten muß. Der Plan, noch in dieser Session den Reichstag mit dem Antrage auf Wiedereinführung der Eisenzölle zu überraschen, ist, wenn er überhaupt bestand, für jetzt wieder aufgegeben. So wird des neuen Finanzministers öffentliche Thätigkeit für die nächsten Monate sich wohl darauf beschränken, daß er die Forderung einer Tabaks-Enquete vor der Volksvertretung vertritt oder vielmehr vertreten hilft, da sich Fürst Bismarck schwerlich die Ehre nehmen lassen wird, eine so gefährdete Position auch in eigener Person zu vertheidigen. Vom Grafen Eulenburg brachte gestern die „Germania“ ein Lebenszeichen, indem sie den Wortlaut des Schreibens mittheilte, durch welches er

dem Freiherrn Felix von Loß die Befürwortung seines Gesuches, die staatliche Anerkennung für seine Erhebung in den päpstlichen Grafenstand zu erhalten, rundweg abschlug. Wenn wir nicht irren, hatte sich der ultramontane Agitator schon im vorigen Jahre von dem Vorgänger des jetzigen Ministers des Innern genau dieselbe Antwort geholt. — Das jetzt veröffentlichte Schreiben des Papstes an den schweizerischen Bundesrathspräsidenten stimmt mit dem schon bekannten an den russischen Kaiser überein, so daß die Annahme noch weiter beglaubigt erscheint, auch Kaiser Wilhelm habe genau denselben Brief erhalten. Wenn der Antwerpener „Pecurieur“, dessen Uebersetzung vor wenigen Tagen durch alle Blätter ging, den richtigen Text vor Augen gehabt hat, wäre das ja auch in der That der Fall. Seltsamer Weise hat man die gestern bekannt gewordene Berufung des Dompfropfes Holzer ins Herrenhaus, dem bisher noch kein katholischer Geistlicher angehört hat, auch als eine Bestätigung der Gerüchte über Friedensvermittlungen zwischen der Berliner Regierung und dem Vatican auffassen wollen. Aber die bis zum Tode des vorigen Papstes im Vatican herrschende Partei müßte gründlich bei Seite gehoben sein, wenn durch die Erhebung des freimüthigen Erlerer Propstes, der zur Zeit des letzten Concils im Namen seines Dompfapitels eine sehr entschieden gehaltene Warnung vor der Zustimmung zu dem Unfehlbarkeitsdogma an seinen Bischof nach Rom hatte gelangen lassen, der Curie ein Gefallen geschehen sollte. Dr. Holzer, ein jetzt 78-jähriger Mann, hat seine Ansichten in einer Zeit bilden können, wo die gegenseitige Duldung der Confessionen das Princip aller Wohlgeinten war. Als er schon im Mannesalter als Pfarrer in der Erster Döfse wirkte, im Jahre 1833, erließ sein Bischof eine Vorschrift an alle katholischen Geistlichen, an Orten, wo kein evangelischer Kirchhof sei, evangelische Verlebene auf dem kathol. Kirchhof begraben zu lassen und ihnen selbst das Geleite zu geben. „Die friedliche Eintracht (hieß es wörtlich in dem Erlass) der verschiedenen Glaubensgenossen an einem und demselben Orte, sowie der gegenseitige Wunsch, von Katholiken in ähnlichen Fällen, werden jedem Pfarrer unserer Döfse ein genügender Beweggrund sein, den Gesinnungen der christlichen Liebe vor den Grundsätzen hergebrachter Rechte zu huldigen.“ Warum mußten solche tolerante Anschauungen später wieder auf ein Menschenalter verloren gehen? — Im Reichseisenbahnamt hat eine Konferenz über die Annahme eines gemeinsamen Statistisches und statistische Formulare für den Eisenbahnbetrieb und Eisenbahnbau stattgefunden. Anwesend waren die Vertreter der deutschen Staatsbahnen und Delegirte der preussischen Privatbahnen. Die Verhandlungen in der Konferenz wurden sehr eingehend geführt, weil die preussische Regierung großen Werth darauf zu legen schien, ein von ihr entworfenes Statistisches und ein Formular für die Statistik zur Annahme gelangt zu sehen. Die Verhandlungen währten 8 Tage. Wie wir hören, wurde schließlich ein vollständiges Einverständnis herbeigeführt und damit ist ein wichtiger Fortschritt für die Eisenbahnstatistik erzielt. — Die Berliner werden am Hofe wieder eine Doppelverlobung feiern. Außer der jetzt verlobten ältesten Tochter des Prinzen Friedrich Carl soll demnächst auch die dritte, die jetzt in Italien weilt, ein Herzogsbündnis schließen. Und zwar wäre der Erbtorene nicht der Herzog von Connaught, sondern Prinz Leopold, der jüngste, 23-jährige Sohn der Königin Victoria.

Emden, 13. April. [Ostfriesischer Rettungs-Verein.] Die Häufigkeit der Schiffbrüche an den ostfriesischen Inseln ist bekannt. Um ihre Gefahr für Leben und Gut zu mindern, betreibt die Direction des ostfriesischen Rettungsvereins — Steuerrath Breusing in Emden u. s. f. — die Ansiedelung neuer Colonisten auf den unbewohnten Theilen der Inseln, namentlich von Juist, Norderney und Langeoog. Jetzt ist der Weg nicht selten zu weit für Menschen und Pferde, um rechtzeitige wirksame Hilfe zu bringen. Der „Nordwest“ bringt eine eingehende Darstellung und Begründung des Planes, dem die Landdrostei Aurich Anfangs das Bedenken entgegengestellt hat, ob da nicht eine mehr vom Strandraub lebende, als den armen Schiffbrüchigen Hilfe bringende Bevölkerung entstehen werde, jetzt aber ebenfalls zustimmt für den Fall, daß lebensfähige Kolonate geschaffen werden. Vielleicht nimmt der unternehmungsreudige preussische Landwirtschaftsminister die Sache in die Hand, zumal wenn Domänen und Forsten erst zu seinem Ressort gehören.

Karlsruhe, 16. April. [Landesgewerbe-Verband.] Die bei Gelegenheit der landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung in Heidelberg in Anregung gebrachte Reform des badischen Gewerbe-Vereinswesens hat nunmehr in der Bildung eines Landesgewerbe-Verbandes mit einem Centralausschusse ihren Abschluß gefunden. Der Landesverband soll alle Gewerbe- und Industrievereine des Landes umfassen und ist damit ein Organ geschaffen, welches in steter Beziehung zu den Localvereinen und der großherzoglichen Regierung wohl geeignet sein dürfte, den Gewerbevereinen ein großes und lohnendes Gebiet fruchtbringender Theilnahme zu eröffnen, und den theilnehmenden Wünschen und Bedürfnissen des Gewerbe- und Industrielandes, mehr als dies bis jetzt der Fall war, eine geeignete Würdigung und Geltung zu verschaffen. Zahlreiche Gewerbevereine haben sich bereits dem Landesverbande angeschlossen und durch eine sachgemäße Umbildung ihrer Satzungen den Anschluß an denselben gewonnen.

Schweiz.

Zürich, 13. April. [Englische Werbungen. — Oberst Ott und sein Adjutant Bräulein. — Herr d'Harcourt. — Mißhandlung eines Deutschen. — Thierschhüßverein. — Der Gräuliberein. — Der Staat als Kornhändler. — Von der Gotthardbahn. — Suragewässer-Correction. — Ausweisung Granier's. — Ultramontane.] Die Herren Engländer, welche bekanntlich ihre eigene Haut nicht gern zu Markte tragen, sondern lieber bei Müttern hohen, suchen auch in der Schweiz Menschenfleisch zu kaufen, und zwar für hohe Preise. — Oberst Ott und sein Adjutant Bräulein sind von ihren orientalischen Studien heimgekehrt, bei denen sie von Russen und Türken bestens unterstügt wurden; an Schneesturm und andern Beschwerden mangelte es ihnen nicht. — Der französische Gesandte d'Harcourt bleibt und der mit Vergnügen als Nachfolger erwartete Challemeil-Lacour bleibt aus. — Ein deutscher Handwerker war von der durch ihre Brutalität berühmten Waadländer Polizei ohne Grund als Landstreicher arg mißhandelt und gefesselt auf den Schub gebracht worden; auf Beschwerde des

deutschen Gesandten, General von Rödter, hat das Bundesgericht den Canton Waadt zu 1500 Fr. Entschädigung und Kosten verurtheilt. — Abgeordnete der 14 schweizerischen Kantonen, welche über 7000 Mitglieder zählen, hielten in Zürich ihre Jahresversammlung ab; sie faßten u. a. Beschlüsse gegen die Zulassung von Menagerien und Thierkämpfen, welche sie vom Bundesrathe verboten wünschen, und gegen das Rufen lebenden Geflügels. — Der Schweiz. Gräbterverein umfaßt 7043 Mitglieder, meist Arbeiter, und hat ein Vermögen von 127,691 Fr. — Das Ideal zürcherischer und anderer Arbeitervereine, welche dem Staate zumuthen, Kornhändler zu werden, ist die allgemeine Staatsversorgung. Mit Korn fängt man an und womit hört man auf? „Begehren ist eine Zier, doch kommt man weiter ohne ihr.“ — Der Große Rath von Basel hat einstimmig 600,000 Fr. Nachsubvention für die Gotthardbahn bewilligt. — Weil mit den Dynamit-Patronen so viel Unheil angerichtet wird, hat die Regierung von Uri Maßregeln gegen die Unterschlagung von solchen getroffen und überhaupt die Aufsicht über die Arbeiter verschärft. Der große Tunnel war Ende März auf 10,025,7 Meter Nichtstollen gelangt. Entgegen der Befürchtung deutscher Blätter, haben die Sachverständigen ausfindig gemacht, daß der Gotthard keinen See im Bauche birgt, der Tunnel also nicht erfassen könne. — Die Surawasser-Correction hatte Ende v. J. bereits 9,246,474 Fr. gekostet, an welche die Bundeskasse 3,560,020 beitrug. — Der Staatsrath von Genf hat den Communarden Gromier, Secretair Pysat's, ausgewiesen, weil er in einem Epone Blatt die Genfer Justiz parteiisch nannte und seine Landseute vor Geschäfts-Verbindung mit Genf warnte. — Der ultramontane „Courrier de Genève“, welcher jede Nummer mit der Aufschrift in großen Lettern ziert: „Sechstes Jahr der Verbannung Sr. Heiligkeit Herrn Mermillod, unseers Bischofs und Bürgers von Genf“, erklärt, daß seine Partei sich an der Rousseaufeier vom 2. Juli nicht theilnehmen werde. Zwar hätte man Grund genug, sich über den Tod Rousseau's zu freuen; denn „das Verschwinden eines Schriftstellers wie R. kann nur als eine Wohlthat für die Menschheit betrachtet werden.“ Als wenn er nicht in seinen Werken lebe! Daß die Ultramontanen für ihn durchaus keine Sympathien haben, kann man ihnen nicht verdenken. — Die „Solothurn. Volksztg.“ schreibt: „Jene Männer, die Anno dreißig begeistert einstimmten in den Ruf: „die Souveränität des Volkes soll ohne Rücksicht ausgesprochen werden“, die mit all ihrer Kraft ihr ganzes Leben dafür kämpften, daß das darniederliegende Volk aus dem Sumpfe der Unwissenheit, des blöden Dahinlebens erhoben und zur Erkenntnis seiner Würde, zum Bewußtsein seiner selbst gebracht werde, das waren Liberale, und der Geist, der sie durchdrang, den nannte man Liberalismus. Der (ultramontane) „Solothurn. Anzeiger“ aber nennt den Liberalismus das System des Todes! Was aus kirchlichem, sittlichem, wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete Glendes und Schlechtes zu Tage getreten, die verruchteste Heuchelei, die Verwilderung der Jugend in Verlogenheit, Hochmuth, Ungehorsam und Genußsucht, die Verleugnung der elementarsten Begriffe der Ehrlichkeit in Handel und Wandel u. v. sind nach „Anzeiger“ die Früchte des Liberalismus. Im liberalen Lager aber ehrliche Männer zu finden, sei eine Seltenheit und deshalb, aus all' diesen Gründen, müsse man dieses System offen und ungeschönt bis in alle seine Konsequenzen hinaus bekämpfen!“ — Im „Boten der Urschweiz“ richtet ein Einsender an die „Schwyzer Ztg.“ die Frage: „Warum war es ihrer Pflicht gestattet, am Tage Maria Verkündigung während dem ganzen nachmittägigen Gottesdienste zu arbeiten, während den armen Arbeitern in der Fabrik zu Jacob am St. Josephstag verboten wurde, ihr täglich Brod zu verdienen?“ Der Einsender fügt bei, er wisse wohl, daß sich „das Geleiche nicht für Alle schide“, und um einer theologischen Controverse auszuweichen, läßt er die Frage auch unerörtert, welcher der beiden Feiertage der „höhere“ sei, „aber Fabrik und „Schwyzer Zeitung“, halt Bauer, das ist ganz was Anderes!“

Bern, 12. April. [Das Militärsteuergesetz.] Der Bundesrath genehmigte heute den neuen Entwurf des Gesetzes, betreffend die Militärpflichtsteuer, der den eidgenössischen Räten in der nächsten Junisession vorgelegt werden soll. Bekanntlich wurde dieses Gesetz schon zweimal vom Volke verworfen. In dem gegenwärtigen Entwurf sind geändert nur die Artikel 3, 4 und 5. Sie lauten jetzt: „Art. 3. Der Militärpflichtige besteht in einer Personallage und in einem dem Vermögen und dem Einkommen entsprechenden Zuschlage. Art. 4. Die erste Klasse zählt 6 Frs. Personallage, die zweite 9, die dritte 15, die vierte 25 und die fünfte 50. Bei der Einreihung der Pflichtigen in eine dieser Klassen ist ohne Rücksicht auf das eigene Vermögen und Einkommen namentlich in Betracht zu ziehen a. die Erwerbsfähigkeit und die Familienverhältnisse des Pflichtigen; b. ob der Pflichtige mit seinen Eltern oder Großeltern in ungetheilter Haushaltung lebt oder von denselben unterlöst wird; c. die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Eltern oder Großeltern. Art. 5. Als Zuschlag wird berechnet: a. von jedem 1000 Frs. reinen Vermögens 1,50 Frs.; b. von jedem 100 Frs. reinen Einkommens 1,50 Fr. Beträgt das reine Vermögen eines Pflichtigen weniger als 1000 Frs., so fällt es außer Berechnung. Von dem Betrage des reinen Einkommens eines Pflichtigen werden 600 Fr. nicht in Anschlag gebracht.“ In den bundesrätlichen Kreisen hofft man mit Zufriedenheit, daß der Entwurf endlich in den Häfen der Gesetzsammlung einlaufen wird.

Italien.

Rom, 8. April. [In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer] erhielt, nachdem die letztere den Handelsvertrag mit Griechenland mit 223 gegen 9 Stimmen genehmigt hatte, der Abgeordnete Miceli das Wort und motivirte die von ihm schon vor 8 Tagen angemeldete Interpellation wegen der von der Regierung in der orientalischen Frage befolgten und zu befolgenden Politik, nachdem der Herzog von Colonna di Cesarò die feine zurückgenommen hatte, um dem Ministerium keine Schwierigkeiten zu bereiten. Miceli schilderte die Lage, die durch den Vertrag von San Stefano geschaffen worden sei. Da auch Italien durch die Wirren im Orient in Mitleidenschaft gezogen werde, so erhebe es sich die Frage, ob die große orientalische Frage endlich einmal gründlich gelöst werde und nicht alle zehn Jahre von Neuem aufstehe. Rußland habe, nachdem es so große Anstrengungen gemacht, nachdem es so viel Blut und Geld geopfert, nach Kriegsende eine bedeutende Entschädigung zu verlangen, es sei daher zu wünschen, daß der projectirte Congress zu Stande komme, um einen Krieg zwischen dieser Macht und England zu vermeiden. Er begreife, daß Italien seine Neutralität aufrecht erhalten wolle, wie der Ministerpräsident versichert habe, dies verhindert indeß nicht, daß Italien eine gewisse „eigene“ Politik haben und verfolgen könne. — Rußland hat sich durch den Krieg gegen die Türkei anfangs den Verdacht zugezogen, daß es auf Eroberungen ausgegangen sei, allein es könne ihm das Verdienst nicht streitig gemacht werden, die Initiative zur Vesteigung der unter der Knechtschaft der Türkei schmachtenden Christen ergriffen zu haben, eine Knechtschaft, die mit der Civilisation nicht im Einklange stehe. Man könne daher wohl nichts Besseres thun, als nunmehr Rußland daran erinnern, daß es den Krieg ja im Interesse der unterdrückten Völker und nicht um Anbengewinn unternommen habe. Die Mächte Europas wünschten, daß die orientalische Frage dem Nationalitätenprincip gemäß zum Austrag gebracht werde, er verlange daher von der Regierung zu wissen, ob sie ihre Mitwirkung zur Lösung der Frage im Sinne der Berechtigung der Nationalitäten im Orient jetzt und später auszuüben gedenke. Da er die Gesinnungen des Ministerpräsidenten kenne, so hoffe er, der Minister des Aeußeren werde eine Antwort ertheilen, welche dem nationalen, öffentlichen Rechte entspreche. Da außer diesem Redner auch die Herren Musolino, Cabalotti, Visconti-Venosta und Pandolfi über dieselbe Frage Interpellationen angemeldet haben, so wird Graf Cori erst darauf antworten, wenn dieselben alle geschlossen haben werden, um nicht zu Wiederholungen genöthigt zu sein. Herr Musolino ist ein entschieden Feind Rußlands. Oesterreichische, englische und clericale Blätter haben diesem Herrn eine entsetzliche Furcht vor dem nordischen „Bären“ eingejagt, denn er wiederholte zur Begründung seines Antrags dieselben Phrasen und Redensarten, die alle Tage in langen Artikeln von jenen Zeitungen den Lesern immer wieder von Neuem aufgetischt werden. Er bedauert die stumme Rolle, die dem italie-

nischen Parlament Rußland gegenüber seit drei Jahren auferlegt worden sei, obwohl es klar vor Augen liege, daß diese Macht sich die Herrschaft in Europa anzumäßen gedenke, in Europa, das zuletzt keine anderen Bewohner haben werde, als — Russen. — Gatten die Arbeiten, die dieser Redner vorbrachte, mehrmals schon das Gelächter seiner Kollegen und des Publikums auf den Tribünen hervorgerufen und alle Anwesenden in die lustigste Stimmung versetzt, so erregten endlich seine letzten Worte eine so stürmische und allgemeine Heiterkeit, daß er mehrere Minuten lang nicht zum Worte kommen konnte. Er verlangte schließlich, die Regierung solle Rußland zwingen helfen, den Vertrag von 1856 zu achten und nicht gestatten, daß dieser Macht auch nur ein Zoll breit Land abgetreten werde, denn die Verbesserung der Lage der Christen in der Türkei sei durch die „ottomanische Verfassung“, welche ja allen Unterthanen des Sultans, ohne Unterschied der Confession, gleiche Rechte verspreche, zu erreichen. Ein abermaliges lautes Gelächter belehrte Herrn Musolino, daß man seine Ausführungen als nicht ernst gemeint betrachte. Morgen erst werden die andern drei Interpellanten gehört werden.

Rom, 9. April. [Die heutige Sitzung der Deputirtenkammer] war noch mehr beschäftigt, als die gestrige, weil man wußte, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Interpellationen über die von der Regierung in der orientalischen Frage zu beobachtende Politik beantworten werde. Dem Marquis Visconti-Venosta, der im Ministerium Minghetti Chef des auswärtigen Amtes war, schien es bei Begründung seiner Interpellation mehr darauf anzukommen, seine und seiner Kollegen Politik zu loben und diejenige des Cabinets Depretis zu tadeln, als zu erfahren, welche Politik das jetzige Ministerium befolgen werde. Hat doch Cairoli in der Rede, mit welcher er seinen Amtsantritt inaugurierte, sich bereits genügend über dieselbe ausgelassen. Visconti-Venosta erinnerte zunächst daran, daß schon beim Beginn des orientalischen Krieges die rechte Seite des Hauses auf denselben begütigende Fragen gestellt habe, welche vom Ministerium nicht genügend beantwortet seien. Man habe sich dabei beruhigt, um demselben keine Verlegenheiten zu bereiten, obwohl die von der Regierung befolgte Politik das Land nicht befriedigt habe. Das Ausland habe Mißtrauen gegen Italien gezeigt und dies habe dessen Einfluß beeinträchtigt. (Rärm auf den Vänten der Linken: Man schreit: Das ist nicht wahr!) Die zahlreichen Interpellationen, welche jetzt angemeldet seien, bewiesen, daß das Land über die Angelegenheiten des Orients und über die Politik der Regierung aufgekürt sein wolle. Redner hoffte, dieselbe werde den Frieden erhalten und einen Krieg zu vermeiden suchen, denn Italien habe keine directen Interessen im Orient zu wahren. Visconti sprach sodann sein Bedauern aus, daß das ottomanische Reich zum unermesslichen Untergange verurtheilt sei, weil dasselbe eine Garantie für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts geboten habe. Endlich kam derselbe auf die vom Ministerium Minghetti befolgte Politik zu reden, welche er selbst geleitet habe und die darauf gerichtet gewesen sei, die Entwidlung der befähigten Nationen des Orients zu fördern; es sei zu hoffen, daß Rußland Vermittelungen annehmen werde, um einen andern Krieg zu vermeiden. Man müsse den Völkern des Orients Zeit zu ihrer Entwicklung lassen, damit sie nicht zu bloßen Vorposten der nordischen Macht herabgedrückt würden, besonders aber solle man den Griechen zeigen, daß sie in Italien eine Stütze finden würden. Obwohl der Redner hervorhob, er wolle die ausländische Politik zu seiner Parteifrage stampeln, so konnte er sich doch nicht enthalten, schließlich eine kleine Bosheit einzuflechten und den Wunsch zu äußern, daß die Politik seiner politischen Gegner dem Interesse Italiens nützlich sein möge.

Der frühere Ministerpräsident Depretis verteidigte diese Politik seines Cabinets gegen den Vorwurf Visconti's, daß Europa Mißtrauen gegen Italien gezeigt habe. Dies sei nur in den ersten Tagen, die dem 18ten März 1876 folgten, der Fall gewesen; dieses Mißtrauen sei ganz allein von den Organen und Agenten des gestürzten Cabinets Minghetti gefäet worden. (Stürmische Bravo auf den Vänten der Linken.) Eine „unzweideutige“ Loyalität, wie sie früher nicht gekannt worden, habe genügt, jenes Mißtrauen zu beseitigen, denn die fremden Mächte hätten gar bald erkannt, daß er und seine Kollegen eine Politik des Friedens und der Neutralität jeder anderen den Vorzug gäben. Zur Zeit, als er, Depretis, aus dem Ministerium zurücktrat, habe man mit allen Mächten freundliche Beziehungen unterhalten. Der Redner versicherte schließlich, daß die Politik zur Zeit, als er die Regierung geleitet, stets von den Interessen der Humanität dictirt gewesen sei. Der Deputirte Pandolfi begann darauf die Begründung seiner Interpellation mit der Erklärung, es würde gar kein Mißtrauen gegen die Regierung laut geworden sein, wenn dieselbe dem Lande stets mit der größten Offenheit mitgetheilt hätte, was es in der orientalischen Frage zu thun oder zu lassen gedenke. Auch dieser Redner wünscht, daß Italien Griechenland stütze und dahin wirke, daß es für das in Thessalien vergossene Blut reich entschädigt werde. Der letzte Interpellant, Cabalotti, ein Italiensfremder, beschwerte sich, daß die italienische Orientpolitik eine indifferente, den Interessen der Nation nicht förderliche sei. Er will wissen, auf welche Weise man einen neuen Krieg im Orient verhindern wolle, da der zu San Stefano vereinbarte Friedensvertrag in der bekannten Fassung unmöglich gebilligt werden könne. Er glaubt nicht, daß Rußland nachgeben werde und meint, eine gemeinsame Action aller Mächte werde es allein hierzu bewegen können. Italien bedauere indeß keineswegs den Untergang der Türkei, wie Visconti-Venosta geäußert habe, Italien sollte sich aber bei der Verdrigung der Türkei anstandslos durch den Abgesandten Musolino (zu deutsch: Kleinmaul) vertreten lassen. (Lange und anhaltende Heiterkeit in allen Theilen des Hauses.) Welches Recht habe denn Rußland den Auftrag gegeben, den Todten zu begraben? Cabalotti wünscht den baldigen Abschluß eines definitiven Friedens, aber mit Zugiehung Italiens, spricht auch die Erwartung aus, daß die Vergrößerung Griechenlands in dem neuen Vertrage stipulirt werde. Schließlich entwickelte der Redner seine Ideen über die Interessen, welche Oesterreich im Orient habe, sprach von der nunmehr hergestellten Freundschaft dieser Macht mit Italien, meinte aber, die bestehenden freundlichen Beziehungen könnten noch enger geknüpft werden. Man müsse also einen Frieden herbeizuführen suchen, der den legitimen Interessen Italiens Genüge leiste. Auf alle diese Anfragen und nicht verlangten Rathschläge antwortete Graf Cori, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mit diplomatischer Gewandtheit sehr reservirt und erklärte, daß die Unterhandlungen wegen Zusammenberufung eines Congresses noch schweben. Was die Politik der Regierung anbelange, so schloße er sich allen früher gegebenen Versicherungen an. Italien unterhalte mit allen Mächten freundliche Beziehungen, sei auch keine Verpflichtungen eingegangen, die seine Neutralität gefährden könnten. Die Regierung werde durch eine loyale Politik das Vertrauen, welches die Mächte zu ihr hätten, rechtfertigen. Dem ehrenwerthen Cabalotti antwortete er, die Regierung halte es nicht für zeitgemäß, Erklärungen abzugeben, welche die Freiheit seiner Action compromittiren könnten. Bei der Besprechung der Veränderungen, welche möglicherweise der Vertrag von San Stefano erleiden könne, werde er darauf bringen, daß ein großes Gleichgewicht hergestellt werde, er gedenke auch die Grundzüge zur Geltung zu bringen, welche die italienische Einigkeit herbeigeführt haben. Er hoffe, daß die Vernunft über die Gewalt den Sieg davon trage, wenn aber die Gewalt siegen und ein Krieg ausbrechen sollte, so werde Italien sein nationales Recht unter dem Banner der ruhmreichen Dynastie Saboden zu wahren wissen. Die Interpellanten erklärten sich mit der Antwort des Ministers zufrieden.

Rom. [Der Schriftwechsel zwischen dem Paps und dem schweizerischen Bundesrath] hat, nach der „Zeff. Ztg.“, folgenden Wortlaut:

An Seine Excellenz den Präsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft.
Papst Leo XIII.

Euer Excellenz Gruß!
(Dieser Ingres, sowie die Schlussformel lateinisch, das Folgende italienisch.)
Durch Gottes Willen, wenigstens ohne unser Verdienst, auf den hohen Stuhl des Apostels erhoben, beileben wir uns, Euer Excellenz hierdurch Kenntnis zu geben, im Vertrauen, diese unsere persönliche Mittheilung möchte Ihnen angenehm und willkommen sein. Dabei bedauern wir, daß die freundlichen Beziehungen, welche ehemals zwischen dem heil. Stuhle und der schweizerischen Eidgenossenschaft bestanden, in den letzten Jahren plötzlich eine beklagenswerthe Unterbrechung erlitten haben und daß auch der Zustand der kath. Religion in der Schweiz beklagenswerth ist. Im Vertrauen auf die Gesinnungen der Gerechtigkeit, welche Euer Excellenz und das schweizerische Volk befehlen, hoffen wir, es werden sich in Balde passende und wirksame Mittel zur Abhilfe dieser Uebelstände finden und in der angenehmen Erwartung dessen erbiten wir vom Herrn die Gnadenfülle seines himmlischen Segens und stehen ihm zugleich an, Sie durch die Bande vollständiger Liebe mit uns zu vereinen.

Gegeben in Rom bei St. Peter 20. Februar 1878 im ersten Jahre unseres Pontificats.

An Seine Heiligkeit Papst Leo XIII.

Heiliger Vater!

Mit Breve vom 20. Februar d. J. ist es Euer Heiligkeit gefällig ge-

wesen, dem schweizerischen Bundesrath von der Vesteigung des apostolischen Stuhles durch Sie Kenntnis zu geben, welche am nämlichen Tage stattgefunden hat.

Der Bundesrath hat von dieser Mittheilung mit lebhaftem Interesse Act genommen und er will den Anlaß nicht vorbeigehen lassen, ohne Euer Heiligkeit unter besserer Verhandlung des Breve, mit dem Sie ihn beehrt haben, die aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen.

Wenn Euer Heiligkeit dabei die Lage der katholischen Religion in der Schweiz als beklagenswerth (deplorable) bezeichnet, so muß er seinerseits bemerken, daß jene Religion, wie alle anderen Culte, einer Freiheit genießt, welche durch den Bundesrath gewährleistet und nur durch den Vorbehalt beschränkt ist, daß die kirchlichen Behörden weder in die Rechte und Competenzen des Staates, noch in die Rechte und Freiheiten der Bürger eingreifen.

Der Bundesrath wird sich glücklich schätzen, in seinem Wirkungskreise die Bemühungen Euer Heiligkeit für Aufrechterhaltung des confessionellen Friedens und des guten Einvernehmens unter den verschiedenen Glaubensbekenntnissen der Schweiz zu unterstützen und in dieser Bestimmung benützt er gern diesen ersten Anlaß, um Euer Heiligkeit die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung und tiefen Ehrerbietung auszusprechen und sich mit Ihnen dem Schutze des Allmächtigen zu empfehlen.

Bern, den 5. April 1878.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes.

(Folgen die Unterschriften.)

Frankreich.

Paris, 14. April. [Der Kriegsminister] hat ein Rundschreiben an die Generale erlassen, wonach den Offizieren bei strenger Strafe wiederholt verboten werden soll, ohne Ermächtigung des Kriegsministers in den Blättern militärische Artikel zu veröffentlichen. Den Anlaß zu dieser Verfügung haben die Enthüllungen über die Casseten gegeben.

[Der Marineminister] hat den Gouverneuren von Neu-Caledonien und Cayenne angezeigt, daß in diesen Strafcolonien die Bastonnade fortan nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gouverneurs, die dieser nach einem Bericht des Directors der Straßverwaltung und nach dem Gutachten einer besonderen Commission zu verhängen hat, in Anwendung gebracht werden kann. Der Minister schreibt außerdem vor, daß die Leibstrafen nur bei den schon in die Correctionsabtheilungen gestellten und auf Lebenszeit verurtheilten Sträflingen und dann nur in solchen Fällen in Anwendung kommen dürfen, wo die Thatfachen nicht vor das Kriegsgericht verwiesen werden können und der disciplinarrichterliche Befehl verfallen.

[Comte d'Harcourt,] Ex-Secretär der Präsidentschaft, steht seit seiner Rückkehr aus Rom nach wie vor auf dem vertrautesten Fuße mit Broglie, Buffet und Genossen. Die Regierung, welche seine Intriguen besonders während der Ausstellung, wo viele hochgestellte Ausländer nach Paris kommen werden, befürchtet, wollte ihn dadurch unschädlich machen, daß sie ihm eine diplomatische Sendung im Auslande anvertraute. Der Comte nahm die Anerbietungen nicht an und wird nun aus den Listen des Ministeriums des Auswärtigen gestrichen werden, so daß er zum wenigsten keine officielle Stellung mehr inne hat.

[Der Anstalt der Pariser Buchdrucker] naht seinem Ende. Die 2-300,000 Fr., über die sie verfügten, sind aufgebraucht, und es heißt, daß sie nachgeben werde.

[Das Leichenbegängnis des Prinzen Murat] versammelte heute die Spitzen der bonapartistischen Partei in der auch sonst gewöhnlich ihren Kundgebungen zum Schauplatz dienenden Kirche Saint-Augustin. Als Großkreuz der Ehrenlegion hatte der Verstorbene Recht auf militärische Ehren, die ihm denn auch von zwei Infanterie-Bataillonen erwiesen wurden. Die Pijel des Leichentuges hielten der Marschall Canrobert, die Herzoge von Padua und Vassano und der Fürst von Wagram. Dem Trauerwagen folgten die Prinzen Joachim, Achill und Louis Murat, der Herzog von Mouchy als Schwiegersohn, Prinz Napoleon und andere Anverwandte. Außer den orthodoxen Bonapartisten, wie die Pietri, die Cassagnac, Rouher, General Feury, Baron Larrey, bemerkte man unter den Erbhienenen auch mehrere ehemalige Minister des Kaiserreichs, so namentlich Herrn Buffet, den Prinzen von Oranien und einige Mitglieder des diplomatischen Corps. Beim Weggehen empfing Herr Paul de Cassagnac von seinen Verehrern die übliche Ovation, die jedoch diesmal so bescheiden ausfiel, daß die Polizei keine Veranlassung hatte, die Herren in ihren unschuldigen Vergnügungen zu stören.

[Gegen die Civilehe.] Vor den Gerichten von Saintes wird dieser Tage ein Geistlicher stehen müssen, weil er eine Trauung vollzogen hat, ohne daß die bürgerliche Eheschließung vorangegangen war. Das Frauenzimmer Katharina Guilbert war dem Tode nahe. Der hinzuberufene Geistliche verweigerte ihr die Absolution, weil sie mit dem Manne — Engelman ist sein Name — in wilder Ehe lebte, und gab ihr erst die Sacramente, nachdem sie sich von ihm mit Engelman hatte trauen lassen. Die Sache kam dadurch an den Tag, daß Engelman die Katharina Guilbert bei der standesamtlichen Todesanzeige für seine rechtmäßige Frau ausgab.

Belgien.

Brüssel, 13. April. [Zum neuen Wahlgesetz.] Herr Malou, schreibt man dem „Frankf. Journ.“, hat auch dieses Mal wieder noch rechtzeitig zum Rückzug geblasen. Als der Cabinetschef sah, daß die öffentliche Meinung anfangs, Feuer zu fassen und bereit war, gegebenen Falls die Linke in ihrem Kampfe gegen die beabsichtigte ungerechte Vertheilung der neuen Deputirten- und Senatorenseize durch außerordentliche Manifestationen zu stützen, ließ er die beanstandeten Bestimmungen des Gesetzentwurfs zu Gunsten eines Amendements des Herrn Jacobs zurückziehen und verzichtete auf seinen Anschlag, Wecheln und Alost einen Deputirten und Löwen einen Senator mehr zu bewilligen. Gleichzeitig schlug Herr Jacobs vor, fortan nur die Resultate der letzten Volkszählung als einheitsliche Basis für die Vertheilung der Mandate in Betracht zu ziehen, und obgleich letzterer Vorschlag von Herrn Frère-Orban als unzulässig erachtet ward, so wurde doch schließlich der Gesetzentwurf nebst dem Zusatz-Artikel mit 81 Stimmen gegen 24 und einer Stimmen-Enthaltung angenommen. Würde der Cabinetschef eigenmächtig auf der Annahme des ursprünglichen Entwurfs bestanden haben, so hätte seine gefällige clericale Majorität denselben zweifelsohne mit Freuden votirt, aber Tags darauf wäre, vielleicht schon über Nacht, das Ministerium durch eine Volks-Kundgebung gestürzt worden. Das Nachgeben der Regierung ist klug. Kläger wäre es allerdings gewesen, wenn sie sich nicht in die Nothwendigkeit verseht hätte, einen solchen Versuch, die Brüsseler Bevölkerung als Aushenbrödel zu behandeln, zurückzuziehen zu müssen. Das Bischen moralisches Ansehen, welches die clericalen Minister noch hatten, geht dabei ganz in die Brüche.

Großbritannien.

London, 18. April. [Das indische Heer.] Da in jüngster Zeit wiederholt von der Verwendung indischer Truppen im Falle eines Krieges in Europa die Rede war, mögen folgende Angaben über deren Stärke und Zusammenlegung von Interesse sein. Das ganze indische Heer beträgt etwas über 200,000 Mann, darunter 61,500 Engländer. Von letzteren stehen je 10,000 Mann in den Präsidentschaften Bombay und Madras, während der Rest zur Besetzung von Bengalen verwandt ist. Die Eingeborenen-Regimenter sind zusammen gegen 140,000 Mann stark, davon etwa 120,000 der Infanterie, 20,000 der Cavallerie angehören. Die Stärke der eingeborenen Artillerie ist nur sehr unbedeutend, da die indische Regierung es für angemessen hält, diese Waffe möglichst ausschließlich in den Händen englischer Truppen zu belassen. Eine Ausnahme hieron bilden nur einige an der Grenze von Pendschab liegende Gebirgs-Batterien, deren Besatzung aus Eingeborenen besteht, die aber ausschließlich von englischen Offizieren befehligt werden. Bei der eingeborenen Infanterie und Cavallerie sind die Offiziere mit Einschluss der Compagnie- und Zugführer Eingeborene, wogegen die Commandeure der Halbbataillone und der Schwadronen, so wie die Bataillons- bzw. Regiments-Commandeure und Adjutanten Engländer sind. Von diesen kommen je sieben auf jedes Bataillon bzw. Cavallerie-Regiment. Mit alleiniger Ausnahme des mdrassischen leichten Reiter-Regiments, für welches die Pferde von der Regierung

geliefert werden, ist die eingeborene Gabeln im Wesentlichen zu den irregulären Truppen zu rechnen und gleich in vielen Punkten den Kosaken. Die Mannschaften stellen ihre Pferde selbst und erfreuen sich größerer Freiheiten als die Linienkavallerie. Bei der eingeborenen Infanterie gelten im Ganzen und Großen dieselbe Einteilung und dasselbe Exercier-Reglement wie bei der englischen. Die einzelnen Bataillone sind 7-800 Mann stark und zerfallen in je acht Compagnien. An Recruten herrscht nicht der geringste Mangel, und wenn immer nöthig, könnten die eingeborenen Truppen ohne viel Mühe beträchtlich verstärkt werden.

Provincial-Beitrag.

Breslau, 17. April. [Die Riegenvereinigung „Jahn“] des älteren Breslauer Turn-Vereins, beging Sonntag den 14. d. c. in ihrem festlich ausgeschmückten Vereinslocal ihren zweiten Familienabend, derselbe erfreute sich so zahlreicher Besuche, daß es unmöglich war, für sämtliche Gäste Plätze zu beschaffen. Das Programm war ein gewähltes und wurde bis in die kleinsten Details genau durchgeführt. Von Vorträgen verdienen besonders die „Troler Säger“, bestehend aus 3 Herren und 2 Damen, sowie „die beiden Bagabunden“, von den Herren Deinert und Gutmann, der „Hauswirth“, Breslauer Rundschau“, der „Cigarrenreisende“ und „der verlegte Sonntag“ hervorgehoben zu werden, ebenso erfreute sich das Festlied, verfaßt vom Vereinsdichter, „Toubadour“, einer recht beifälligen Aufnahme. — Der Familienabend gab wieder einen Beweis von der Lebensfähigkeit der Vereinigung und wünschen wir ihr gerne ein ferneres kräftiges Gedeihen.

* [Die Prüfungs-Commissionen] für die Provinzen Schlesien und Posen in Breslau werden für das Jahr 1878/79 folgendermaßen zusammengefaßt sein: Ordentliche Mitglieder: Dr. Sommerbrodt, Provinzial-Schulrath, Director der Commission; Dr. Reifferscheid, Prof. (classische Philologie), ebenf. Vertreter des Directors der Commission; Dr. Kopsch, Professor (classische Philologie); Dr. Friedlieb, Professor (katholische Theologie und Hebräisch); Dr. Käßner, Professor (evangelische Theologie und Hebräisch); Dr. Schröder, Professor (Mathematik); Dr. Dillhey, Prof. (Philosophie und Pädagogik); Dr. Weinhold, Professor (Deutsch); Dr. Karl Neumann, Geh. Regierungsrath und Prof. (Geschichte und Geographie); Dr. Gröber, Professor (Französisch). — Außerordentliche Mitglieder: Dr. Grube, Professor (Zoologie); Dr. Ferdinand Cohn, Prof. (Botanik); Dr. Pöschel, Professor (Chemie und Mineralogie); Dr. Meyer, Professor (Physik); Dr. Schmölbers, Professor (Englisch); Dr. Rehring, Professor (Polnisch).

[Angekommen.] Se. Durchl. Prinz Biron von Curland, Oberst-Oberst Er. Majestät und freier Standesherr auf Poln.-Wartenberg. Se. Durchl. Prinz Johann Sapieha aus Kracjyn. Se. Durchl. Prinz Adam Sapieha aus Kracjyn.

—e— **Grünberg, 16. April.** [Unfallsfall.] Gestern Abend verunglückte der Schaffner bei der Freiburger Eisenbahn, Etage aus Breslau, welcher die Bremse des letzten Personenwagens in dem von Breslau um 3 Uhr 30 Min. Nachmittags nach Stettin fahrenden Schnellzuge Nr. 7 zu bedienen hatte, hinter Station Rothenburg an der dortigen Oberbrücke dadurch, daß er während der Fahrt aus seinem Bremshäuschen auf die Wagenbedachung gestiegen war, vermuthlich, um eine Coupelaterne anzukünden, wobei ihm eine Quersperre der Brücke den Kopf total zerquetschte. Man fand ihn auf der nächsten Station todt auf der Decke des Wagens liegen. Etage hinterläßt eine Frau mit 5 unehelichen Kindern. — Leider hat das Betreten der Wagenbedachungen während der Fahrt schon wiederholte Opfer gefordert; möchten sich die Fahrbeamten diesen neuen traurigen Fall doch endlich zur Warnung dienen lassen.

L. Liegnitz, 16. April. [Stadtverordneten-Sitzung.] Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer öffentlichen Sitzung 1) die mietfreie Ueberlassung des Stadttheaters für in dieser Saison noch aufzuführende Opern-Vorstellungen nebst Hergabe freien Gases bis zum Betrage von 12 Mark für den Spielabend, 2) die auf 459 Mark veranschlagte Beschaffung von 7 neuen Doppelfenstern im Stadtverordneten-Sitzungssaale, 3) 300 Mark und 2 Kisten Holz für den Verein zur Rettung städtischer wohnloser Kinder, 4) die Mittel zur Anschaffung von 120 neuen Gartenstühlen und Tischen für das Schießhaus-Etablissement, unter der Bedingung, daß der Pächter desselben das Anlagecapital mit 5 pCt. verzinslich und mit 10 pCt. alljährlich amortisirt, 5) die Herstellung einer Gasrohrleitung in der seit einigen Jahren der Stadt incorporirten Jauerstraße, veranlagt auf 13,650 Mark und 6) die Niederschlagung von 4209 M. uneinziehbarer Kurkosten im städtischen Krankenhaus. — Die Regierung hatte dem Magistrat aufgegeben, einen neuen, den Bestimmungen des Gesetzes vom 2. April 1872 entsprechenden Marktstandes-Tarif zu entwerfen und zur Genehmigung einzubringen, demgemäß die Stadtverordneten denselben dahin festsetzten, daß pro Tag und pro 2 □-Mtr. Raum 10 Pf., auf dem Viehmarkt pro Pferd und Kind 15 Pf., pro Schwein 10 Pf., pro Hammel 5 Pf. Standgeld zu zahlen ist. — Als Zusatz zu § 9 des Sparta-Gesetzes, nach welchem von Einlagen, welche die Kasse ohne vorherige Kündigung auszahlt, 5 pCt. Zinsen für die Dauer der statutarisch festgesetzten Kündigungsfrist in Abzug gebracht werden müssen, wurde beschlossen, dem Rassen-Decernenten die Befugnis zu ertheilen, die Auszahlungen gegen mäßige oder auch ohne Verzugszinsen zu gestatten. — Den Vauetat pro 1878/79 genehmigte die Versammlung in Höhe von 39,350 M. und nahm von der Professor Rauwachs'schen Stiftung Kenntniß. — Lebhaftige Debatte rief die Vorlage, betreffs Aufnahme einer Anleihe zur Ausführung der Canalisation und der Neu- resp. Umpflasterung der Straßen, hervor. Hierunter Stadtverordneter Baischauer hatte in Uebereinstimmung mit dem Magistrat die Aufnahme einer Anleihe von 600,000 Mark zu gedachten Zwecken beantragt, wogegen Stadtverordneter Cohn nur die Kosten der Canalisation, welche auf 350,000 M. veranschlagt sind, durch die Anleihe zu decken, die Pflasterung dagegen aus den laufenden Einnahmen, soweit dies die Mittel der Commune gestatten, zu bestreiten beantragt. Es wurde schließlich der magistratliche Antrag angenommen. Die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und Berlin hat die Uebernahme der Anleihe gegen 4 pCt. pro Liegner Stadt-Obligationsen zu 98 1/2, vom Jahre 1882 ab mit 1 pCt. zu amortisiren, offerirt. — Ferner beschloß die Versammlung die Bildung eines Substanzgelder-Fonds, in den alle aus Verkäufen städtischer Grundstücke und aus Auflösung von Grundzinsen und Renten herrührenden Einnahmen fließen sollen. Diese dürfen nur wieder zu Anläufen von nützbringenden Grundstücken verwendet werden. Weitere Anträge zur Bildung von Schulden- und Armenhaus-Reserve-Fonds wurden abgelehnt.

s. Waldenburg, 16. April. [Fünfzigjähriges Lehrer-Jubiläum.] Gestern beging Lehrer Brendel in Ober-Salzbrunn in einem zahlreichen Kreise von Festgenossen die Feier seines fünfzigjährigen Amtsjubiläums. Nachdem am Vorabend derselben der Gesangsverein des Ortes den Jubilar durch Gesangsvorträge erfreut und der Feuerwehverein ihm einen Fackelzug gebracht hatte, wurde er am Morgen des Festtages in dem festlich geschmückten Klassenzimmer von den Schülern begrüßt und mit einer Prachtbibel beschenkt, worauf ihm Pastor Voß als Local-Schulinspector in warmer Ansprache seine Glückwünsche darbrachte. Der Patron der Schule, Fürst v. Pleß, ließ den Jubilar durch den Brunnen-Inspector Manser beglückwünschen und ihm als Festgabe ein Geldgeschenk überreichen. Der Gemeinde- und Schulvorstand erfreute den bewährten Schulmann ebenfalls durch ein reiches Geldgeschenk, während ihn seine Amtsgenossen nach dem Vortrage eines Festgedanges durch Ueberreichung eines Sparta-Büchchens überraschten. Eine Anzahl älterer Schüler reichte ihrem ehemaligen Lehrer einen schönen Großkühl. Auch der Kreis-Schulinspector, Pastor Benzholz, sprach dem Jubilar seine Glückwünsche aus. Ebenso war der Landrath'samt-Verweser, Kreis-Secretär Seiffert, am Abend, der den Jubilar beglückwünschte und ihn im Auftrage der hohen Behörde mit dem Adler der Inhaber zum königlichen Hausorden von Hohenzollern schmückte. Bei der um 11 Uhr stattfindenden kirchlichen Feier, die mit einem erhebenden, von den Lehrern vorgetragenen Festgedange begann, hielt der Superintendent Benzholz die Festrede über Psalm 71 v. 7. Nachmittags um 3 Uhr war im Kurzaal ein Fest-Diner, bei welchem der Kreis-Secretär den Toast auf den Kaiser, der Kreis-Schulinspector auf den Jubilar und der Local-Schulinspector auf die Familie des letzteren ausbrachte. Bei dem Festmahle herrschte eine gehobene Stimmung bis zur Scheidestunde. Lehrer Brendel, der 70 Jahre alt ist und sich noch einer vollständigen Körper- und Geistesfrische erfreut, amirt in Ober-Salzbrunn seit 35 Jahren, nachdem derselbe vorher 10 Jahre in Mittel-Salzbrunn als Lehrer gewirkt hatte.

A. Jauer, 16. April. [Communaless.] Nach der zum Zwecke der Klassensteuer-Ansage für 1878/79 erfolgten Aufnahme des Personals betragt die Bevölkerung der Stadt Jauer 10,156, die der ländlichen Ortschaften des Kreises 23,315 und die gesammte Kreisbevölkerung 33,471 Personen. Davon sind wegen Minder-Einkommens oder aus andern gesetzlichen Gründen Klassensteuerfrei in der Stadt 3683, in den ländlichen Ortschaften 9831 Personen. Zur Einkommensteuer sind veranlagt in der Stadt

525, auf dem Lande 377 Personen. Es zählen daher Klassensteuer in der Stadt 5948, in den Dörfern 13,107 Personen. Das von der Regierung festgesetzte Klassensteuer-Gesetz betragt für das laufende Rechnungsjahr für die Stadt 24,522 M., für den Landkreis 31,470 M., in Summa 55,992 M. — In Folge der Ausfälle bei der Jägerlei- und Forstverwaltung, sowie in Anbetracht des für außerordentliche Ausgaben erforderlichen Bedarfs zu bilden der Reservefonds hat sich eine Erhöhung der Communalsteuer unabweislich herausgestellt. Jedoch genügt es zu diesem Zwecke, daß der Einheitsatz des Steuerbetrages, welcher bisher zum zehnfachen Betrage erhoben wurde, fortan mit dem elffachen Betrage ausgeschrieben wird. — Der hiesige landwirthschaftliche Verein veranstaltet am 22. Mai d. J. auf der Viehweide eine Thierschau, bestehend in Pferde, Rindern, Schaf-, Schweine- und Geflügelschau, sowie eine Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirthschaft und der landwirthschaftl. Gewerbe, des Gartenbaues und der Forstwirthschaft, ferner von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen, sowie von land- und hauswirthschaftlichen Gebrauchs-Gegenständen jeder Art. Die auszustellenden Thiere müssen bis zum 10. Mai bei dem Vereins-Secretär Herrn Semon, Alt-Jauerstraße 2B, und die übrigen Gegenstände der anderen Branchen bei ebendemselben bis zum 1. Mai angemeldet werden. Für die Zuschauer wird eine Tribüne errichtet werden, deren Plätze 1, 1 1/2 und 2 M. kosten. Die Schau beginnt früh 8 Uhr, die Prämimirung nebst Umzug der prämirten Thiere um 12 Uhr.

S. Striegau, 16. April. [Jubiläum.] Am vorigen Sonntage beging an der hiesigen königl. Strafanstalt angestellte Lehrer und Organist Krause sein 25jähriges Jubiläum als Beamter. Dem Jubilar wurden hierbei von hiesigen und auswärtigen Collegen, Freunden und Bekannten zahlreiche Weise der Werthschätzung und Verehrung zu Theil. Dem Jubilar war dieser Tag auch noch durch den Umstand besonders dankbar, daß er der einzige Beamte an der Strafanstalt ist, welcher seit der im J. 1853 erfolgten Einrichtung derselben noch amtiert.

o Trebnitz, 16. April. [Spartasse.] — [Tolle Hunde.] — Im Gefängniß geboren. Dem Rechnungsabluß der hiesigen städtischen Sparta des verflochtenen Jahres ist zu entnehmen, daß Ende 1876 an Einlagen und zugekauften Jinsen ein Bestand von 1,465,298,37 M. verblieben war, wozu an neuen Einlagen 592,248,96 M. und an Zinsen 31,148,82 M. hinzutreten, so daß die Gesamtsumme sich auf 2,088,696,15 M. belief. Hieran gelangten im Vorjahre 297,150,18 M. an Einlagen und Zinsen zur Rückzahlung, weshalb ult. 1877 ein Bestand von 1,791,545,97 M. zu verzeichnen blieb. Der Reservefonds betragt 166,748,83 M. — In Gellendorf ist im Laufe voriger Woche ein aus Pinzen zugekaufter tollwuthtranker Hund, welcher außer dort auch in den Nachbarorten andere Hunde gebissen hat, getödtet worden. Desgl. wurde vor wenig Tagen in Hünern, ein von Rapsdorf kommender ziemlich großer Hund, als tollwuthverdächtig erschossen. Die erforderlichen polizeilichen Anordnungen sind unzulänglich getroffen worden. — Seit ca. 8 Tagen befinden sich hierorts 4 Zigeunerinnen wegen Diebstahl in Untersuchungshaft. Vorgefunden wurde eine derselben im Gefängniß in einem Knäbeln entbunden, welches Tags darauf in der hiesigen katholischen Kirche die heilige Taufe empfing.

++ Bernstadt, 16. April. [Freiwillige Feuerwehr.] — Feuer. — 50jähriges Amt-Jubiläum. Vorigen Sonnabend wurde die hiesige Freiwillige Feuerwehr durch Hornsignal zu einer allgemeinen Uebung alarmirt, wozu Herr Kaufmann Trautwein bereitwilligst sein zum Abbruch bestimmtes Wohnhaus zur Verfügung gestellt hatte. Die 1. und 4. (Einschlag- und Rettungs-) Colonnen erschienen zum ersten Mal in den neu beschafften, höchst praktischen Ledertappen zur Uebung. Schnell und gewandt führten sämtliche Mannschaften die ihnen obliegenden Arbeiten, die nach etwa 1/2 Stunde geschlossen wurden, aus. Schließlich wurden die neuen Statuten vertheilt. Die zum ersten Mal zur Uebung des Transports verwendeten sogenannten Sprünge erwies sich als höchst brauchbar. — In der Nacht vom vorigen Sonnabend zum Sonntag brach auf bisher unermittelte Weise in dem Gehöft des Gemeindevorsteher's Scheer in Schönau Feuer aus und legte Wohnhaus und Scheune in Asche. — Vorigen Sonntag feierte der herzoglich braunschweigische Reiterförster Herr Dypenberg in Wilhelmminort sein goldenes Amtsjubiläum. Die Feier fand jedoch nicht im genannten Orte, sondern hier im herzoglichen Schloß und im Hotel „zum blauen Hirsch“ statt. Von dem Herrn Herzog von Braunschweig wurde ihm als Anerkennung für so langjährige treue Dienste das Verdienstkreuz erster Klasse zum Orden Heinrich des Löwen, sowie ein werthvolles Gewehr überandt; von seinen Collegen bekam er eine goldene Uhr mit Kette. An dem zu Ehren des Jubilars, der noch recht rüstig ist, stattfindenden Diner nahmen circa 70 Personen Theil. Erstes und letztes Toast, sowie ein von Herrn Pastor Langze hier gedichtetes humoristisches Festlied, das Leben und Wirken des Jubilars beschreibend, würzten das Mahl.

—r. Ramlau, 16. April. [Schulprüfungen und Schulnachrichten.] Gestern hat in den Räumen des evangelischen Schulhauses unter der Leitung des Kreis-Schul-Inspectors Herrn Fegler in seiner Eigenschaft als Local-Schul-Refisor die öffentliche Prüfung der 4 Klassen der hiesigen katholischen Stadtschule stattgefunden, bei welcher fast in allen Beziehungen recht befriedigende Resultate zu Tage getreten sind. Das Lehrer-Collegium an dieser Schule ist durch das Eintreffen des in die 5. vacante Lehrerstelle hierber berufenen Lehrers Rentwig aus Rembachau Polnisch-Wartenberger Kreises, dessen Einführung bevorsteht, nunmehr vollständig und wird mit dem Beginn des neuen Schuljahres (25. April d. J.) diese 5-klassige Schule, die bisher nur 4 Stufen umfaßte, in eine fünfstufige Schule umgewandelt werden. Den oben erwähnten Prüfungen wohnte auch der Ober-Regierungsrath Herr Schmidt aus Breslau, der auf seiner Inspectionsreise am vorhergehenden Tage hier eingetroffen war, längere Zeit bei und nahm durch einzelne Fragestellungen an die Schüler regen Antheil an derselben. Außerdem wurden von ihm auch einige Klassen der evangelischen Stadtschule aufgesucht, in denen er ebenfalls längere Zeit dem Unterrichte beimohnte. Nach einer Besichtigung der katholischen Pfarrkirche ad St. Petrum et Paulum nahm er in Begleitung des Herrn Bürgermeisters Ruge und des Herrn Rathsherrn Richter auch die allerdings sehr ungenügenden und der Würde einer Stadtschule kaum noch entsprechenden Räumlichkeiten der katholischen Stadtschule in Augenschein, war aber dieselben keineswegs erfreut und gab der Erwartung Ausdruck, daß hierin Seitens der Stadt-Communalverwaltung auf Abhilfe werde Bedacht genommen werden. Bei dieser Gelegenheit besuchte der Herr Ober-Regierungsrath Schmidt auch den in der katholischen Schule wohnenden hochbetagten, emeritirten katholischen Lehrer Cantor Flögel, erkundigte sich in wohlwollendster Weise nach seinen Verhältnissen und weckte in dem greisen Lehrer die Hoffnung, daß, wenn er ja in Noth gerathen sollte, er auch auf Hilfe zu rechnen habe. Nachmittags besuchte der Herr Ober-Regierungsrath Schmidt noch die evangelische Kirche, deren freundliches Innere, namentlich auch die beiden Fenster mit ihren prächtvollen Glasmalereien — ein Geschenk des verstorbenen Nittergutsbesizers Lieutenant Willert aus Giesdorf — einen sehr lieblichen Eindruck auf ihn machten. Schließlich statierte er auch dem städtischen Waisenhaus einen Besuch ab.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 16. April. Die „Polit. Correspond.“ meldet aus Bukarest, daß die Arbeiten zur Befestigung der Dniestr-Fluss für die Schiffsahrt auf der Donau beendet seien und daß zahlreiche Schiffe den Strom bereits an allen Stellen befahren. — Ministerpräsident Brattano ist gestern in Bukarest wieder eingetroffen. — Der „Polit. Correspond.“ wird aus Kopenhagen gerüchelt, daß unter Vorbehalt mitgetheilt, daß England in Stockholm Schritte gethan hätte, um Schweden zu bestimmen, auf der Insel Faron in der Ostsee die Errichtung eines Stations- und Depotplatzes für die britische Marine eventuell zu gestatten.

Wien, 16. April. Nach Mittheilungen von bestunterrichteter Seite hat der diesseitige Votchschafter in Konstantinopel, Graf Jichy, mit der Pforte Unterhandlungen eingeleitet, welche die Reparatur der in Desterreich weilenden und dem Lande zur Last fallenden zahlreichen bosnischen Flüchtlinge zum Zweck haben.

London, 16. April. Oberhaus. Salisbury theilte mit, Beust mache heute Nachmittag Vorstellungen wegen der jüngsten Aeußerung Derby's über Desterreich, wodurch dortige officielle Personen, besonders Offiziere, schmerzlich berührt wurden. Er erinnere sich nicht, daß Derby gesagt habe, man würde sich auf den slavischen Theil der österreichischen Armee im Kampfe gegen Rußland nicht verlassen können. Allein was auch immer Derby über Desterreich oder dessen Armee ge-

sagt habe, so habe Derby das auf seine eigene Verantwortung gethan. Im auswärtigen Amte befinde sich nichts, worauf diese Aeußerungen sich stützen könnten. Das Nämlche sei mit den Bemerkungen Derby's über Frankreich der Fall. Das Oberhaus verurtheilt sich zum 13. Mai.

London, 16. April. Unterhaus. Fawcett beantragte ein Amendement auf Verlegung nur bis zum 29. April. Northcote bekämpfte das Amendement, welches die schlimmstmögliche Wirkung haben würde, die Lage so kritisch erscheinen zu lassen, daß eine Abkürzung der Desterferien möglich sei. Das erste Ziel der Regierung sei eine friedliche, befriedigende Lösung der schwebenden Fragen. Forster unterstützt Northcote, die Regierung trage die Verantwortung. Gätten er und seine Freunde geglaubt, daß die Politik des Cabinets eine Kriegspolitik sei, so würde er anders gehandelt haben. Fawcett's Amendement wurde mit 168 gegen 10 Stimmen abgelehnt und die Verlegung bis 6. Mai angenommen. — Der bisherige Präsident der Handelskammer, Abderley, wurde mit dem Titel Baron Norton ins Unterhaus berufen.

London, 16. April. Unterhaus. Im Fortgange der Sitzung erklärte der Colonialminister Hicks-Beach auf eine Anfrage Suggeffen's, die jüngst eingelaufenen Nachrichten vom Cap der guten Hoffnung und aus Transvaal lauteten nicht beunruhigend. Schatzkanzler Northcote erwiderte auf eine Anfrage Pim's: Was Datum anbelange, so sei das eine Frage, die der Congress zu erwägen haben werde; davon, daß es eventuell in der Absicht Rußlands läge, Kreuzer auszurußen, sowie von anderen alarmirenden Nachrichten dieser Art habe er gelesen, eine officielle beglückliche Information sei ihm jedoch nicht zugegangen. Wenn man erwäge, daß Rußland zu den Theilnehmern der Pariser Declaration gehöre, so seien derartige Maßregeln seitens Rußland nicht zu erwarten. Lesevres gegenüber erklärte Unterstaatssecretär Bourke, er glaube, daß die Waffenruhe zwischen den Türken und den Insurgenten auf der Insel Kreta gebrochen worden sei, hoffe jedoch, daß Reschid Pascha die Kreta bald wieder herstellen und Ausbreitungen verhindern werde. Eine weitere Anfrage Forster's beantwortet Schatzkanzler Northcote dahin, die Zustände in Konstantinopel seien in keiner Weise derart, daß sie die Besorgnisse der englischen Regierung erhöhen könnten. (Beifall.) Der Schatzkanzler beantragte sodann, nach dem Schluß der heutigen Sitzung bis zum 6. Mai eine Verlegung des Hauses eintreten zu lassen.

London, 16. April. Die „Times“ enthält in ihrer zweiten Ausgabe ein Telegramm aus Wien vom heutigen Tage, worin bestätigt wird, daß Großfürst Nicolaus nach Petersburg zurückkehren wird, nachdem er im Hauptquartier zu San Stefano durch General Solleben ersetzt worden ist. Dieser Wechsel in dem obersten Commando werde als eine Maßregel der Versöhnung aufgefaßt.

Berlin, 16. April. [Börse.] Die Geschäftslosigkeit erscheint in Permanenz; heute waren die Umsätze fast noch geringfügiger als gestern, wenn überhaupt in dieser Beziehung eine Steigerung vorliegt. Die Börse verhält sich zur Politik ziemlich apathisch, sie ist es müde, den verschiedenen Nuancirungen, die die politischen Tagesfragen so unbeständig zeigen, zu folgen und dürfte die beobachtende Reservebestellung nicht eher aufgeben, als die Entwicklung der Verhältnisse eine neue Basis gewonnen haben wird. Die von russischer Seite veröffentlichten Interpretationen der Forderungen und der Handlungsweise Rußlands, die wohl dazu bestimmt sind, die berechtigten und friedlichsten Intentionen auf dieser Seite zu constatiren, begangen einem allgemeinen Mißtrauen, werden wenigstens mit größter Vorsicht aufgenommen. Das nun die geschäftliche Thätigkeit eine ungemein eingeschränkte bleibt, ist eben die Folge der vollständigen Unsicherheit in der politischen Conjectur. Die internationalen Speculationspapiere blieben fast ganz unberührt, nur als London mattere Course sandte, machte sich dies auch hier auf dem Speculationsgebiete durch einen unbedeutenden Rückgang bemerkbar. Die österreichischen Nebenbahnen trugen im Allgemeinen eine ziemlich feste Physiognomie, trotzdem sie wenig gehandelt wurden. Ebenso blieben die localen Speculationseffecten fast ganz außer Berkehr. Die Haltung auf diesem Gebiete war jedoch weniger fest. Es notirten Disconto-Commandit ult. 11 1/2 — 11 1/2 — 11 1/2 — 11 1/2, Laurahütte ult. 73 — 72 1/2. Die ausländischen Staatsanleihen behaupteten sich anfänglich ziemlich gut, ermatteten jedoch gegen Schluß der Börse etwas. Besonders war dies für russische Werthe in Folge der niedrigeren Londoner Notirungen der Fall. 5proc. Anleihe pr. ult. 76 — 76 1/2 — 75 1/2, Neue 75 — 75 1/2 — 75. Russische Noten pr. ultimo 199 1/2 — 198 1/2 — 199. Capitals-Anlagewerthe ganz vernachlässigt. Russische Prioritäten schwächer. Auf dem Eisenbahnenmarkt stagnirte der Berkehr fast ganz. In rheinisch-westfälischen Speculationsdebitten war eine Berstimmung bemerkbar, die auf die Mindereinnahme der Rheinischen Bahn zurückzuführen sein dürfte. Für Stettiner hält die lebhafteste Nachfrage an. Anhalter bestreiten sich auch etwas. Potsdamer liegen im Course etwas nach. Leichte Bahnen kaum verändert. Bankactien sehr still, aber ziemlich fest. Antwerpener Centralbank nicht ganz unbelebt. Meiningener Bank anziehend. Leipziger Wechselbank höher. Deutsche Bank gedrückt, Coburger Creditbank schwächer. Essener Credit und Schaaffhausen ebenfalls niedriger. Auch die Industriepapiere theilhaftigen sich nur wenig am Berkehr. Continental Werdebahn beliebt, Charlottenburger Werdebahn erhöhte die Notiz, Wolpi und Schlüter besser, Magdeburger Gasanstalt sog etwas im Course an, Spinn und Sohn kam niedriger zur Notiz, Ober-Schlesischer Eisenbahnbedarf wurde ziemlich rege umgesetzt. Westfälische Drahtindustrie schwächer, Bergisch-Märkische Bergwerke besser, Braunschweiger Kohlenbergwerk steigend, Hibernia, Phönix A. und B. und Redensbütte waren billiger erhältlich.

Um 2 1/2 Uhr: Schwach. Credit 352,50, Lombarden 114.—, Franzosen 409,50, Reichsbank 153,40, Disconto-Commandit 111,25, Laurahütte 72,75, Tärken —, Italiener 70,25, Dester. Goldrente 60,40, do. Silberrente 53,75, do. Papierrente 50,40, 5proc. Russen 75,25, alte 75,75, Köln-Mindener 93,75, Rheinische 103,10, Bergische 71.—, Rumänen 23,50.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Ex. 4,16 bez., do. Papier-Ex. 4,11 bez., Dester. Silb.-Rent.-Ex. 176,75 bez., do. Eisen-Ex. 176,75 bez., do. Papier-Rent.-Ex. 165,80 bez., Russische Ex. 197,55 bez., Russ.-Engl. Anl.-Ex. 20,47 bez., Franz. Ex. 81,15 — 81,05 bez., Diverse engl. 20,25 bis 20,08 bez., Rum. Ex. —.

Breslau, 17. April, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsberkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei schwachen Zufuhren Preise unverändert.

Weizen in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,80 bis 20,40 — 21,40 Mark, gelber 18,60 — 19,50 bis 20,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. 12,60 — 13,70 bis 14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30 — 14,50 Mark, weiße 15,40 — 16,40 Mark.

Safer gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10 — 12,30 — 13,00 bis 13,50 Mark.

Rais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,00 — 12,00 — 13,00 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00 — 15,00 — 17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00 — 19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10 bis 10,30 — 11,00 Mark, blaue 8,80 — 9,80 — 10,30 Mark.

Weiden schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20 — 11 — 11,80 Mark.

Delfaaten schwach zugeführt.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrüben	30	—	29	—	27	—
Sommerrüben	28	25	28	50	25	—
Leinbutter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40 — 7,60 Mark.

Leintuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70 — 9,20 Mark.

Reisamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32 — 42 — 47 — 52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40 — 48 — 57 — 65 — 70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Lymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15 — 19 — 20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 29,50 — 30,50 Mark, Roggen fein 21,50 — 22,50 Mark, Hausbrot 20,00 — 21,00 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50 — 10,25 Mark, Weizenkleie 8,25 — 9,00 Mark.

